

TOGI Newsletter

37 | Frühjahr 2018

In dieser Ausgabe

1	Vorwort	1
2	Open Government im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung	2
3	Smart Government in Australien	3
4	Katharina Große und Christian Geiger: Promotionsverfahren mit den Publikationen der Promotionsschriften erfolgreich abgeschlossen	5
5	Bürgerworkshops zur Zukunftsstadt Ulm	6
6	Publikationen.....	7
7	Vorträge und Diskussionen.....	8
8	Medienspiegel	8
9	Ausblick, Aktivitäten & Termine.....	9
10	Impressum.....	9

1 Vorwort

Sechs Monate nach der [Bundestagswahl 2017](#) und nach zwei Runden an Sondierungsgesprächen konnte eine [neue Bundesregierung am 14. März 2018](#) ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Digitalisierung spielte im Rahmen der Koalitionsvertragsverhandlungen eine wichtige Rolle. So sollen die kreativen Potenziale in Deutschland mobilisiert und die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Der digitale Wandel von Wirtschaft, Arbeit, Gesellschaft und Verwaltung soll mit den richtigen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass alle davon profitieren und jeder daran teilhaben kann. Dazu werden in den kommenden vier Jahren erhebliche Investitionen in Infrastrukturen und in die konzeptionelle Weiterentwicklung digitaler Aktivitätsfelder von Staat und Verwaltung erforderlich sein. In einem Organisationserlass hat Bundeskanzlerin Merkel verfügt, dass die Koordinierungsgremien zur IT-Konsolidierung und zur IT-Strategie des Bundes vom Bundesinnenministerium auf das Bundeskanzleramt übertragen werden. Mit der Koordinierung über die Bundesressorts hinweg sind nun der [Chef des Bundeskanzleramts Helge Braun](#) und die [Staatsministerin Dorothee Bär als Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung](#) beauftragt. Die Bundesministerien werden in ihren jeweiligen Ressorts ihre eigenen Schwerpunkte zur Digitalisierung setzen: Vom [Portalverbund](#) über [5G-Netzwerke](#) bis zum [Giganetzwerkbreitbandausbau](#), von einer [Plattformökonomie](#) bis zu einem Nationalen Pakt Cybersicherheit, von [Mobile Health](#) bis zu [Flugdrohnen](#). Es gibt viel zu tun, denn, so [Staatssekretärin Bär](#), der Fortschritt sei „kein Selbstläufer“. Deutschland brauche jetzt „eine gemeinsame Gestaltung“ und vor allem den „Willen zur Gestaltung“! Die „Türen im Bundeskanzleramt seien jetzt offen“ und „gute Ideen immer willkommen“. Nehmen wir die Staatssekretärin beim Wort.

Ihr Jörn von Lucke

↑ **Zum Anfang** ↑

2 Open Government im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

Zum Abschluss ihrer Verhandlungen haben [CDU, CSU und SPD am 12.03.2018 den gemeinsamen Koalitionsvertrag](#) unterzeichnet. Bereits die am TOGI im August 2017 veröffentlichte [Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl](#) zeigte die durch die Parteien zugeschriebene Relevanz einer Offenheit des Regierungs- und Verwaltungshandelns. Die Koalitionäre CDU, CSU und SPD haben sich im neuen Koalitionsvertrag an insgesamt 65 Stellen mit Open Government und einer transparenten, partizipativen und kollaborativen Verwaltung beschäftigt. Der Vertrag enthält damit, für einige Beobachter sicherlich überraschend, viele wertvolle Vorgaben für ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln. Mit Blick auf die [breite Vielfalt von Open Government](#) darf derzeit noch nicht mit einer Abdeckung aller Themenfelder gerechnet werden. Beispielsweise fehlen etwa Vorgaben für eine Öffnung des Finanzwesens, obwohl die strukturelle Verschuldung der Haushalte, die Schuldenbremse und die von künftigen Generationen zu tragende Pensionslast dies eigentlich nahelegen würden.

Ein wichtiger Punkt des Koalitionsvertrags ist die Förderung von Open Government. Dazu soll eine E-Government-Agentur errichtet werden, die „Standards“ festlegt, Pilotlösungen entwickelt und neue E-Government Lösungen durch regionale Labore und Inkubatoren fördert. Die neue Bundesregierung verpflichtet sich zu einem „nachhaltigen“ und „transparenten“ Regierungshandeln. Dies soll durch Bürgerportale, die „praktisch alle Verwaltungsdienstleistungen elektronisch verfügbar machen“ und einer Priorisierung der digitalen Verwaltungsvorgänge („Digital First“) erreicht werden. Zudem sollen Transparenzportale in den Bereichen der Rentenpolitik, im Finanz- & Wohnungsmarkt und für den Verbraucherschutz gegründet oder gefördert werden. Im politischen Bereich des Deutschen Bundestags besteht trotz des etablierten Portals [Bundestag.de](#) weiterhin eine Intransparenz, etwa da die Einführung eines Lobbyregisters oder einer detaillierten Übersicht der Einkünfte der Bundestagsabgeordneten erneut verschoben wurde. Auch die Umsetzung eines umfassenden [Transparenzgesetzes nach Hamburger Vorbild](#) fand keine Zustimmung und wurde nicht vereinbart.

Die neue Bundesregierung möchte die Bürger stärker am politischen Prozess partizipieren lassen. Dazu soll die Bürgerbeteiligungsplattform für Gesetzesentwürfe der Regierung weiter ausgebaut werden. Politische Parteien, die digitale Beteiligungsmöglichkeiten nutzen möchten, sollen unterstützt und die Notwendigkeit rechtlicher Änderungen überprüft werden. Bürger sollen stärker in die Planung von neuen Schienennetzen eingebunden werden. Ergebnisse dieser Bürgerbeteiligungen gilt es in die parlamentarischen Beratungen einzubringen. Zudem sollen von einer Expertenkommission Vorschläge für weitere direkt-demokratische Elemente erarbeitet werden.

Der Koalitionsvertrag sieht auch vor im Kontext des Verwaltungshandelns stärker mit dem Bürger zusammenzuarbeiten. Dazu soll das gesellschaftliche Engagement durch ein „Digitalisierungsprogramm“ gefördert und an die neuen Herausforderungen im digitalen Zeitalter angepasst werden. Im Rahmen eines [„Freiwilligen Sozialen Jahres Digital“](#) sollen insbesondere junge Menschen ihre technischen Fertigkeiten in soziale Projekte einbringen können. Weiter sollen soziales Unternehmertum und eine Geschäftsmodellentwicklung mit Open-Innovation-Ansätzen im Rahmen der [„Hightech Strategie“](#) gefördert werden.

Die Förderung von [Open Data](#) und [Open Government Data](#) fand sich in den Wahlprogrammen beider Koalitionspartner. Man sieht in Daten den Rohstoff des 21. Jahrhunderts und möchte die Daten der Verwaltung grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung stellen. Ebenso findet sich ein klares Bekenntnis zur [Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership](#).

Großer Wert wird nun auf [Open Access](#), offene Forschung und offene Wissenschaft gelegt. Die neue Bundesregierung möchte in den kommenden Jahren eine Open-Access-Strategie entwickeln und

wissenschaftliche Empfänger von Fördermitteln zu einer Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse unter freier Lizenz verpflichtet. Mit einer nationalen Forschungsdaten-Infrastruktur soll der Zugang zu wissenschaftlichen Datenbeständen systematisiert und sichergestellt werden. Mit einer digitalen Bildungsoffensive, die die gesamte Bildungskette umschließt, und einem Digitalpakt#D soll zudem die Ausstattung an Schulen verbessert werden.

Die SPD konnte sich mit ihrer Forderung nach einer verstärkten Verwendung von Open-Source-Software im öffentlichen Sektor nicht durchsetzen. Im Ansatz thematisiert werden hingegen verbindliche Regelungen für Standards, Systemarchitekturen und Interoperabilität. Vergleichsweise viel Wert wird auf die Aspekte der offenen gesellschaftlichen Innovationen gelegt. Explizit möchte man Open Innovation und Social Entrepreneurship stärken.

Die zahlreichen Ansätze geben Anlass zur Hoffnung auf eine weitere Öffnung von Staat und Verwaltung in den kommenden vier Jahren. Entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung wird aber sein, welche der im Koalitionsvertrag genannten Projekte aufgabenadäquat auch mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen in den Haushaltsgesetzen 2018, 2019, 2020 und 2021 ausgestattet werden, um tatsächlich umgesetzt werden zu können. Offensichtlich haben Offenheit und Transparenz in der Bundespolitik aber stark an Bedeutung gewonnen.

↑ **Zum Anfang** ↑

3 Smart Government in Australien

Im Rahmen einer Smart Government Forschungsreise hatte Prof. von Lucke im November und Dezember 2017 die Möglichkeit, sich in Australien über Stand und Perspektiven von Smart Government zu informieren. Mit Unterstützung der [Monash University](#) durfte er eine Capital Tour nach Melbourne, Perth, Adelaide, Sydney und Canberra unternehmen. Mit Vertretern aus Bundes- und Landesbehörden, aus Metropolen und Städten, mit Wissenschaftlern und Unternehmern konnten zahlreiche Experteninterviews zu Smart Government durchgeführt werden.

Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in Australien setzen sich schon länger mit Smart Government auseinander. Sie verwenden aber völlig andere Begriffe und Schlagwörter. In Australien sorgte der Begriff „[Smart Government](#)“ mehrfach für Irritationen. Während Asiaten und Europäer neue Anglizismen ungefragt akzeptieren und verwenden, bestanden zahlreiche Gesprächspartner darauf, dass es sich wohl um ein [Oxymoron](#) handle. Beide Begriffe passen einfach nicht zueinander und schließen sich eigentlich gegenseitig sogar aus. Verwendet werden stattdessen Begriffe wie „[Smart Cities](#)“, „[Smart Suburbs](#)“, „[Future Cities](#)“, „[Gigcity](#)“, „[Internet of Things](#)“ und „[Industry 4.0](#)“.

Im April 2017 hat die [australische Bundesregierung eine Kooperation mit der deutschen Plattform Industrie 4.0](#) vereinbart. Zusammengearbeitet werden soll bei [Referenzarchitekturen, Standards und Normen, Testlaboren, Sicherheit von vernetzten Systemen und bei Arbeit 4.0, Ausbildung und Training](#). Diese Vereinbarung gilt es nun in den kommenden Jahren mit Leben zu füllen. Dies eröffnet Kooperationsmöglichkeiten nicht nur in den Bereichen von Produktion und Logistik, sondern erschließt sich auch auf Infrastrukturen wie Häfen, Flughäfen und Straßen. Viele öffentliche Aufgaben sind in Australien bereits privatisiert worden. Somit gelten dort die Spielregeln der Wirtschaft, während in Deutschland diese Aufgaben von staatlichen Stellen wahrgenommen werden.

Die australische Bundesregierung möchte mit ihrem Engagement sicherstellen, dass australische Städte und Behörden vom Internet der Dinge direkt profitieren. Zugleich sollen Unternehmen diese Geschäftsbereiche mit Partnern erschließen. Im November 2017 hat das [Büro des Premierministers](#)

eine erste Fördertranche mit Bundesmitteln im Rahmen des Smart Cities and Suburbs Program verteilt. 28,5 Millionen AUD werden ab 2018 an 52 Projekte in allen Bundesstaaten und Territorien vergeben, um innovative Smart City Projekte zu ermöglichen, die die Lebensqualität, die Produktivität und die Nachhaltigkeit von Städten und Gemeinden in ganz Australien dauerhaft erhöhen. 176 Antragsteller hatten sich beworben und im Falle eines Zuschlags eine Kofinanzierung in mindestens gleicher Höhe zugesagt. Eine zweite Tranche mit 21,5 Millionen AUD soll 2018 vom nun neuen Bundesministerium für Infrastruktur, Regionale Entwicklung und Städte vergeben werden. Dies sind erste wichtige Schritte in einem von Haushaltsfinanzierung und staatlichen Förderprogrammen abhängigen Sektor. Eine durch den Zuschlag ausgelöste positive Aufbruchstimmung war bereits in Adelaide, Newcastle und Perth zu verspüren. Mit Blick auf die Häfler Erfahrungen als erste Smart City in Deutschland (T-City Friedrichshafen (2007-12) bei 60.000 Einwohnern: 110 Mio EUR Projektmittel durch den Partner Deutsche Telekom AG) kann es sich dabei vor allem nur um eine symbolische Anfangsinvestition handeln, die ein weiteres finanzielles Investment der Projektpartner erforderlich machen wird. In den kommenden Monaten muss sichergestellt werden, dass alle Städte untereinander und auch weitere Städte von den Erfahrungen der ersten Gruppe profitieren. Rasch sind ein Wissensaustausch und ein Wissenstransfer einzurichten, idealtypisch mit Begleitung und Unterstützung aus der Wissenschaft. Zur Messung der Performance der Umsetzung spielt hier das statistische Bundesamt eine neuartige Rolle.

Erste Umsetzungen von Smart Government sind in Australien schon verfügbar. Mehrere Unternehmen haben Produkte oder Dienstleistungen bereits realisiert: Thinxtra entwickelt kleine smarte und datensparsame Geräte und günstige Funknetzwerke mit fairen Geschäftsmodellen für den Einsatz in smarten Städten, smarten Behörden, smarten Krankenhäusern und smarten Stadtwerken. Smarte Straßenlaternen werden derzeit in Adelaide und Newcastle erprobt. Anonymisierte Bewegungsprofile auf Basis von Smartphones verbessern die Verkehrssteuerung und erlauben Besucherprognosen in Innenstädten. Ein smartes Parkplatzmanagement lässt sich mit Big Data Analytics genauso optimieren wie ein Hafen oder ein Flughafen. Alle Mautstraßen funktionieren bereits bargeldlos mit Lesegeräten und Nummernschilderkennung. Bus- und Bahntickets können mit Hilfe von Smartcards bezahlt werden. Allerdings benötigt man in jedem Staat derzeit eine andere Smartcard, denn an Interoperabilität beim ÖPNV-Ticket wurde im Gegensatz zu Korea oder Japan leider nicht gedacht. In South Australia wird die Wasserversorgung und der Hochwasserschutz mit Hilfe smarten Sensoren modernisiert. Drohnen sorgen im Rettungseinsatz für einen raschen Transport von Rettungsringen und verbessern zudem den Schutz vor Haien an fünf Stränden im Großraum Perth.

In Australien steckt noch sehr viel mehr Potential. Data61, CSIRO und andere Wissenschaftler arbeiten bereits intensiv an den Future Cities. Prof. Genevieve Bell von der Australian National University in Canberra, Gastrednerin der ABC Boyer Lectures 2017 zu "Fast, Smart and Connected: What is it to be Human, and Australian, in a Digital World?", bringt es mit ihrer Analyse zum Abschluss der Reise wirklich auf den Punkt: Wir stehen am Wendepunkt zu einer neuen Ingenieurwissenschaft. Smarte Objekte und cyberphysische Systeme werden unsere reale Welt verändern und gestalten. Wir müssen unsere künftigen Absolventen in die Lage versetzen, neuartige smarte Objekte und cyberphysische Systeme zu gestalten sowie die erforderlichen Regeln zu konkretisieren. Für diese smarte Welt der Zukunft bedarf es einer neuen Wissenschaft. Diese möchte sie aus dem Autonomy, Agency and Assurance Innovation Institute heraus gemeinsam mit Partnern in Australien erarbeiten.

Smart Government führt das Internet der Dinge und das Internet der Dienste im öffentlichen Sektor ein. Smarte Objekte und cyberphysische Systeme werden die Art und Weise und das Geschäft von Staat und Verwaltung in vielerlei Hinsicht verändern. Smart Government wird elementarer Teil der schönen neuen smarten Welt sein, die durchaus in einem stupsenden Überwachungsstaat münden

kann. Forderungen der [Polizeigewerkschaft von West-Australien nach einem Kamera-Netzwerk](#) sind erste reale Vorboten dieser schönen neuen Welt, die auf Vorbilder in Großbritannien, Korea, Japan oder China setzen und internationale Konzerne locken. Und dies könnte sogar sehr schnell passieren. Daher liegt es auch an den Bürgern und ihrem persönlichen Engagement, ihre Zukunft selbst mitgestalten zu wollen. Sie müssen in der Lage versetzt werden, sichere und vertrauenswürdige cyber-physische Systeme für den öffentlichen Sektor zu planen, zu implementieren, zu starten, zu betreiben und zu warten. Noch können Grenzen und Barrieren gesetzt werden, sollten sich smarte Objekte und CPS zum Schaden für die Gesellschaft entwickeln oder von Dritten dazu eingesetzt werden. Australien, wie alle anderen Staaten der Welt, benötigt auf seinem Weg zu einer smarten Nation jetzt eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung, um den Nutzen zu maximieren und um auf Gefährdungen angemessen zu reagieren.

↑ **Zum Anfang** ↑

4 Katharina Große und Christian Geiger: Promotionsverfahren mit den Publikationen der Promotionsschriften erfolgreich abgeschlossen

Ende Juni 2017 schloss Katharina Große ihre Promotion an der Zeppelin Universität mit einer Disputation erfolgreich ab. Ihre Dissertation [„Benutzerzentrierte E-Partizipation - Typologie, Anforderungen und Gestaltungsempfehlungen“](#) ist nun im Springer Verlag erhältlich. Aufbauend auf einer umfassenden Analyse des bestehenden Wissens aus internationaler Partizipations- und Technologieforschung entwickelte Katharina Große erstmals eine theoretisch fundierte Benutzertypologie für E-Partizipation in Deutschland. Sie beschreibt die fünf Partizipationstypen: Gestalter, Optimierer, Spieler, Weltverbesserer und Bemühte. Für jeden dieser Typen leitet sie spezifische Anforderungen ab und übersetzt diese in konkrete Gestaltungsempfehlungen. Damit schafft sie die Grundlage für Politiker, Verwaltungsmitarbeiter und Softwareentwickler, um E-Partizipation benutzerfreundlicher zu gestalten und Teilbarrieren abzubauen.

Ende August 2017 konnte auch Christian Geiger sein Promotionsverfahren am TOGI mit dem Bestehen der Disputation ebenfalls erfolgreich abschließen. Auch seine Dissertationsschrift mit dem Titel [„Open.Government - Staat.Leitbild.2.0“](#) ist nun erschienen, als Band 17 in der TOGI-Schriftenreihe. Darin stehen Transparenz, Beteiligung und Kollaboration im Rahmen von Open Government im Fokus. Ausgehend von aktuellen Trends in Bezug auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wird thematisiert, woher Open Government kommt, wo Grenzen und auch theoretische Anknüpfungspunkte liegen. Es folgt eine Einordnung von Open Government in die veraltungspolitischen Leitbilder. Aus der normativen Sichtweise werden Hypothesen zur Neuartigkeit, Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit von Open Government entwickelt und Experteninterviews diskutiert. Am Ende folgt die Skizze des Leitbildes eines „offenen Staates“, beispielhafte Umsetzungsmöglichkeiten sowie eine Bewertung zukünftiger Potenziale von Open Government.

Wir gratulieren Katharina Große und Christian Geiger hiermit zur Drucklegung und damit auch zum offiziellen Abschluss ihrer Promotionen und wünschen ihnen für die Zukunft alles erdenklich Gute.

↑ **Zum Anfang** ↑

5 Bürgerworkshops zur Zukunftsstadt Ulm



Am 02. und 03. Februar 2018 fand im Ulmer Stadthaus ein zweitägiger Bürgerworkshop im Rahmen des Projekts „Zukunftsstadt Ulm 2030“ statt. Ziel der von der Stadt Ulm organisierten Veranstaltung war eine Reflektion aktueller Fragestellungen sowie die Sammlung von Vorschlägen und Anregungen der Bürger, welche in die Erstellung von Prototypen und Umsetzungsplänen für Reallabore sowie in den Abschlussbericht der zweiten Projektphase einfließen werden.

Mehr als 300 Bürger brachten sich an den zwei Tagen in den offenen Diskussionsprozess ein. Neben Expertenimpulsen zu den Themenbereichen „Demographie und Alter“, „Gesellschaft, Verwaltung und Politik“, „Mobilität, Energie und Vernetzung“, „Wirtschaft, Beschäftigung und Arbeit“, „Bildung, Forschung und Technologie“ und „Freizeit, Kultur und Soziales“ diskutierten die Teilnehmer jeweils im Anschluss an zwei Thematischen zu konkreten Vorschlägen, offenen Fragen oder künftigen Möglichkeiten. Die Diskussionsergebnisse wurden visuell auf Plakaten festgehalten. Die im Rahmen des Workshops gewonnenen Ergebnisse werden maßgeblich in Prototypen und in Pläne für die Reallabore einfließen sowie im Abschlussbericht der zweiten Projektphase der „Zukunftsstadt Ulm 2030“ festgehalten. So konnten weitere neue Ideen für Umsetzungen gewonnen werden.



↑ [Zum Anfang](#) ↑

6 Publikationen

Prof. Dr. Jörn von Lucke

- | zusammen mit Roland Heuermann und Andreas Engel: Digitalisierung: Begriff, Ziele und Steuerung, in: Roland Heuermann, Matthias Tomenendal und Christian Bressemer (Hrsg.): Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden - IT-Organisation, Management und Empfehlungen, Springer Gabler, Wiesbaden 2018, S. 9 - 50. ISBN: 978-3-662-54097-8. ePub 978-3-662-54098-5. ([Online](#), [Buch](#) und [Inhaltsverzeichnis](#))
- | zusammen mit Roland Heuermann: Treiber, Ratgeber, Meinungsmacher - Lehre und Forschung, in: Roland Heuermann, Matthias Tomenendal und Christian Bressemer (Hrsg.): Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden - IT-Organisation, Management und Empfehlungen, Springer Gabler, Wiesbaden 2018, S. 153 - 168. ISBN: 978-3-662-54097-8. ePub ISBN: 978-3-662-54098-5. ([Online](#) und [Buch](#)).
- | Geleitwort, in: Katharina Große: Benutzerzentrierte E-Partizipation - Typologie, Anforderungen und Gestaltungsempfehlungen, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden 2018, S. XI-XII. ISBN: 978-3-658-19876-3. ePub ISBN: 978-3-658-19877-0. ([Online](#))
- | Geleitworte, in: Christian Geiger: Open.Government - Staat.Leitbild.2.0 - Vom politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozess durch Open Government in Deutschland, Schriftenreihe des The Open Government Institute | TOGI der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Band 17, ePubli GmbH, Berlin 2018, S. 6-7. ISBN: 978-3-7467-0578-1.
- | Von smarten Städten zu Smart Government – Eindrücke aus Südkorea, Japan und den Vereinigten Arabischen Emiraten, in: Erich Schweighofer, Franz Kummer, Ahti Saarenpää und Burkhard Schafer (Hrsg.): Datenschutz / LegalTech – Data Protection / Legal Tech, Tagungsband des 21. Internationalen Rechtsinformatik Symposiums, Editions Weblaw, Bern 2018, S. 339-348. ISBN: 978-3-906940-21-2. ([Online](#))
- | Herausforderung Portalverbund, in: Behörden Spiegel Newsletter, Ausgabe 879, ProPress Verlag, Berlin und Bonn 2018, S. 4-5. ([Online](#))

Christian Geiger

- | Open.Government - Staat.Leitbild.2.0 - Vom politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozess durch Open Government in Deutschland, Schriftenreihe des The Open Government Institute | TOGI der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Band 17, ePubli GmbH, Berlin 2018. ISBN: 978-3-7467-0578-1, ISSN 2193-8946.

Katharina Große

- | Benutzerzentrierte E-Partizipation - Typologie, Anforderungen und Gestaltungsempfehlungen, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden 2018, S. XI-XII. ISBN: 978-3-658-19876-3. ePub ISBN: 978-3-658-19877-0. ([Online](#))

↑ [Zum Anfang](#) ↑

7 Vorträge und Diskussionen

Prof. Dr. Jörn von Lucke

- | Akteure des E-Government in Deutschland 2018, PAIR-Masterseminar: Electronic Government, Zeppelin Universität, Friedrichshafen 06.02.2018.
- | Von smarten Städten zu Smart Government – Eindrücke aus Südkorea, Japan und den Vereinigten Arabischen Emiraten, 21. Internationales Rechtsinformatik Symposium (IRIS 2018), Salzburg 22.02.2018.
- | Smart Government und Datenschutz!? - Einige irritierende Eindrücken aus Südkorea, Japan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Australien, Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für die Informationsfreiheit, Stuttgart 02.03.2018.
- | Wertvolle Impulse aus meinem Smart Government Forschungssemester - Impressionen aus Dubai, Deutscher Bundestag, Berlin 19.03.2018.
- | Herausforderung Portalverbund - Anmerkungen aus der Wissenschaft, Fachkongress Digitaler Staat 2018, Berlin 20.03.2018. ([Online](#))
- | Once-Only: Der neue Portalverbund von Europa, Bund, Ländern und Kommunen, Podiumsdiskussion auf dem Fachkongress Digitaler Staat 2018, Berlin 20.03.2018.

↑ **Zum Anfang** ↑

8 Medienspiegel

- | Christine Liebhard: Bürger sollen Ideen zur Stadt der Zukunft entwickeln, Südwestpresse, Ulm 24.01.2018. ([Online](#))
- | Oliver Helmstädter: Nächster Schritt zur Zukunftsstadt – Wie Ulm die Bürgerschaft im Bereich der Digitalisierung einbindet, Neu-Ulmer Zeitung/Augsburger Allgemeine, Neu-Ulm und Augsburg 24.01.2018. ([Online](#))
- | Sandra Kolb: Digitalisierung – Start der Bürgerwerkstatt „Zukunftsstadt 2030“, Südwestpresse, Ulm 03.02.2018. ([Online](#))
- | Nadine Sapotnik: Jetzt geht es um die Umsetzung – Bei der ISEK-Abschlussveranstaltung im Zeppelin-Museum lassen die Beteiligten den Prozess Revue passieren, Schwäbische Zeitung, Friedrichshafen 02.03.2018. ([ISEK-Abschlussbericht für die Stadt Friedrichshafen](#), Februar 2018)
- | Stefan Krempel: E-Government: Verbund der Bürgerportale ist "wichtiger als die Autobahn", Heise.de, Hannover 2018. ([Online](#))
- | René Schmöel: Dorothee Bär - Deutschlands oberste IT-Chefin, CIO.de, IDG Business Media GmbH, München 2018. ([Online](#))
- | PMA: Staatsministerin Bär will digitale Verwaltung beschleunigen, Auerbach Verlag und Infodienste GmbH, Leipzig 2018. ([Online](#))
- | Behörden Spiegel: Bürger erwarten Verwaltungshandeln aus einer Hand, in: Behörden Spiegel Online, Nummer 880, ProPress Verlag, Bonn 2017, S. 2. ISSN: 1867-1993. ([Online](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

9 Ausblick, Aktivitäten & Termine

- | 27. – 30. März 2018 Smart City Expo, Taipeh ([Webseite](#))
- | 03. – 04. Mai 2018 Central and Eastern European e|Dem and e|Gov Days 2018, Budapest ([Webseite](#))
- | 11. – 16. Juni 2018 CeBIT 2018, Hannover ([Webseite](#))
- | 18. – 20. Juni 2018 Zukunftskongress Staat & Verwaltung, Berlin ([Webseite](#))
- | 03. – 06. September 2018 EGOV-CeDEM-ePart 2018 Conference, Krems ([Webseite](#))
- | 25. – 26. Oktober 2018 18th European Conference on Digital Government (ECDG), Santiago de Compostela ([Webseite](#))
- | 20. – 22. November 2018 Smart Country Convention, Berlin ([Webseite](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

10 Impressum

Anschrift

Prof. Dr. Jörn von Lucke
Zeppelin Universität Friedrichshafen
The Open Government Institute | TOGI
Lehrstuhl für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik
Am Seemooser Horn 20
88045 Friedrichshafen

Kontakt

Telefon | 00 49 7541 6009-1471
Fax | 00 49 7541 6009-1499
e-Mail | joern.vonlucke@zu.de
Web | <http://togi.zu.de>

↑ **Zum Anfang** ↑